

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.09.2000

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.50 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsfrau Herta Everwien
Beigeordnete Helga Grix
Beigeordneter Wilhelm Leeker
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

für Ratsherrn Horst Jahnke

CDU

Ratsfrau Sieglinde Kaune

(bis 17.50 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders f. Ratsherrn Hermann Züchner

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Beratende Mitglieder

Herr Theodor Buß
Herr Norbert Haarmeyer
Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga
Herr Wübbo Krüzinga
Frau Regine Miermeister

(bis 18.05 Uhr)

von der Verwaltung

Stadtamtsrat Gerhard Discus
Stadtoberinspektorin Elisabeth Szag
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels
Stadtamtsrat Reinhard Kleen als Protokollführer

2 Vertreter der örtlichen Presse

Zuhörer: 2

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.09.2000

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Lina Meyer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse und die Zuhörer. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 40) und Sozialausschusses (Nr. 15) am 18.05.2000

Beschluss: Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 40) und Sozialausschusses (Nr. 15) am 18.05.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.06.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.06.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

a) Vorlage 13/1324
Vorstellung des geplanten Neubaus eines Altenpflegeheimes in Emden-Borssum/Wykhoffweg (Investor: Karl-Heinz Gremke Secura Bauregie GmbH, Buchholz)

Frau L. Meyer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Langner (Einrichtungsleiter), Herrn Gremke (Investor), Herrn Döring (Architekt) und Herrn Schultz (Baubetreuung).

Frau Szag erläutert eingangs, wie es zu der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den genannten Herren gekommen ist, sie bittet Herrn Langner, das Projekt im Einzelnen vorzustellen.

Herr Langner erklärt zu seiner Person, dass er seit 1997 für das Douwesstift verantwortlich sei und dass auch der Umbau des Hauses Bethanien in seinen Händen gelegen habe.

Aufgrund dieser Erfahrungen und nachdem man den Bedarf abgefragt habe, sei das Konzept für den geplanten Neubau eines Altenpflegeheimes in Emden-Borssum am Wykhoffweg entstanden. Hier sollten ausschließlich geronto-psychiatrisch veränderte Menschen betreut werden, und zwar in allen Pflegestufen ab dem 60. Lebensjahr. Zu den Details ver-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.09.2000

weist er auf die in der Sitzung verteilten Mappen. Jetzt gehe es um die Umsetzung dieses Konzeptes. Über den Betreiber werde man sich später Gedanken machen.

Herr Gremke ergänzt, dass in dem Pflegeheim 70 Plätze eingerichtet werden sollen.

Der Architekt, **Herr Döring**, stellt anschließend die Pläne anhand von Projektions-Folien vor.

Frau Kaune erkundigt sich nach der Zuwegung für den Leichenwagen.

Herr Döring erläutert, dass diese sich im Nordosten des Gebäudes befinde, wo ein Abschieds- und Kurzzeitlagerraum vorhanden sei.

Frau Meyer fragt nach der Anzahl der Nasszellen.

Herr Döring erklärt, dass 33 Einzelzimmer mit eigener Nasszelle sowie 9 sogenannte Doppelseinzelzimmer und 10 Doppelzimmer mit jeweils einer gemeinsamen Nasszelle vorgesehen seien.

Herr Dr. Beisser erkundigt sich nach der Außenansicht und den verwendeten Baumaterialien.

Anhand der Ansichten von Südwesten und Südosten erläutert **Herr Döring**, dass eine Ziegelfassade mit rötlichbraunen Steinen vorgesehen sei. Das Obergeschoss solle durch hellen Putz (gelb, beige) abgesetzt werden und so leichter wirken. Es sei ein flaches Satteldach vorgesehen mit dunklen Ziegeln sowie Markiseletten in einem kräftigeren Gelb vor den Fenstern.

Herr Haarmeyer erkundigt sich nach der Größe der einzelnen Zimmer und der Ausdehnung des gesamten Baukörpers.

Die Ausdehnung betrage 70 Meter, antwortet **Herr Döring**. Die Einzel- und Doppelseinzelzimmer wären 15 Quadratmeter und die Doppelzimmer 22 - 25 Quadratmeter groß.

Herr Langner ergänzt, es sei in einem derartigen Pflegeheim besonders wichtig, über ausreichend Therapie- und Verkehrsflächen zu verfügen. Die Größe der Zimmer sei nicht so entscheidend.

In dem geplanten Heim würde pro Platz eine Fläche von 48 Quadratmetern zur Verfügung stehen. In anderen Heimen läge dieser Wert bei 40 Quadratmetern, erläutert **Herr Döring**.

Die **Herren Pauels** und **Haarmeyer** erkundigen sich nach der Zahl und der Lage der Parkplätze.

Herr Döring antwortet, dass nach der Landesbauordnung 8 - 9 Plätze vorgehalten werden müssten.

Herr Gremke ist klar, dass für Besucher und Mitarbeiter ca. 20 - 25 Plätze gebraucht würden. Er sagt zu, diese zu realisieren.

Auf Nachfrage von **Frau Meyer** erklärt **Herr Gremke**, dass die Anlieferung durch das Wohngebiet erfolgen werde. Nur so habe die für die Bewohner so wichtige Gartenanlage in der jetzigen Größe realisiert werden können.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.09.2000

Herr Langner ergänzt, dass keine tägliche Anlieferung erfolgen werde. Außerdem seien die Bewohner zum Teil recht unruhig. Deshalb habe man den Garten bewusst nicht zu den Einfamilienhäusern hin ausgerichtet.

Auf den Hinweis von **Herrn Discus**, die Tragfähigkeit der Straße zu berücksichtigen, antwortet **Herr Döring**, dass die Anlieferung durch LKW mit 5 - 7 Tonnen Gesamtgewicht erfolgen werde.

Frau Kaune bedankt sich persönlich und im Namen ihrer Fraktion bei den Herren für den gelungenen Entwurf.

Herr Gremke erklärt abschließend, dass mit einem Gesamt-Investitionsvolumen von 13,2 Millionen DM gerechnet werde. Der Baubeginn sei für Ende 2000, die Fertigstellung damit für Anfang 2002 geplant.

Frau Lina Meyer bedankt sich bei den Herren für ihre interessanten Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- b) Vorlage 13/1332
Arbeitslosigkeit in Emden - Planungsgrundlagen für die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur weiteren Verringerung der Arbeitslosigkeit in Emden

Herr Engels stellt die zuvor verteilte Ausarbeitung zur Arbeitslosigkeit in Emden anhand von Projektions-Folien vor. Dabei geht er zunächst auf die Ermittlung der unterschiedlichen Arbeitslosenquoten ein. Anhand eines Schaubildes (Grafik 14) zeigt er auf, dass die Ausgaben für Hilfe zur Arbeit von 1993 bis 1999 kontinuierlich von ca. 1,6 auf 5,5 Millionen DM gestiegen sind. Die Zahl der HLU-Empfänger ist im gleichen Zeitraum nur geringfügig von ca. 3.800 auf 3.500 Personen gesunken. Nach seiner Auffassung ist ein verstärkter "Drehtüreffekt" zu verzeichnen.

Frau Everwien findet eine derartige rein fiskalische Betrachtungsweise bedenklich. Ihr fehle der menschliche Aspekt und die Betrachtung einzelner Personen und Berufsgruppen. Sie spricht sich für eine Belegung der AAGE aus.

Herr Discus erklärt, dass die Hilfeempfänger in der Vergangenheit 6 Monate beschäftigt werden mussten, um Ansprüche beim Arbeitsamt zu haben. Neuerdings müsste die Beschäftigungsdauer 12 Monate betragen. Dadurch entstünden doppelte Kosten. Auch er spricht sich dafür aus, den "Drehtüreffekt" möglichst aufzuheben und Hilfeempfänger verstärkt für den 1. Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Dies erfordere aber eine Verbesserung der Qualität in der Arbeit der Sozialverwaltung und damit verstärkten Personaleinsatz. Er bittet den Ausschuss, dies auch bei der anstehenden Diskussion über die Personalbemessung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Beisser findet die Zahlen aufschlussreich. Auch er spricht sich für eine Wiederbelegung der AAGE aus und regt an, sich speziell Gedanken über die Wiedereingliederung von Suchtkranken zu machen. Sie würden mit den bisherigen Beschäftigungsprogrammen nicht erreicht.

Herr Engels verweist auf die Stichpunkte zur längerfristig wirksamen Beschäftigungsförderung auf der letzten Seite seiner Ausarbeitung.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.09.2000

Herr Leeker kritisiert, dass immer wieder neue Statistiken vorgelegt und Papier beschrieben würde. Emden habe aber weiterhin die höchsten Sozialhilfekosten in Niedersachsen. Er erwarte Vorschläge zur Änderung. Wenn diese aus der Politik kämen, würde vom Kämmerer nur gesagt, dies lohne sich nicht oder dafür sei kein Geld da.

Frau L. Meyer dankt Herrn Engels für seine Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- c) Vorlage 13/1327
Pflegesätze in den Emdener Altenpflegeheimen

Frau Szag erläutert die Vorlage. Sie betont, dass sie bemüht sei, mit den Altenpflegeheimen möglichst Verträge mit längerer Laufzeit als 12 Monate abzuschließen. So würde für beide Seiten größere Planungssicherheit hergestellt.

Herr Dilling spricht die Hotel- und Pflegekosten an. Kaum jemand habe eine so hohe Rente, um das bezahlen zu können. Er fragt, wo das hingehen solle.

Frau Szag erwidert, man könne froh sein, dass das Land Niedersachsen erhebliche Mittel zu den Investitionskosten beisteuere. Die Steigerung der Personalkosten würden aber zu einer stetigen Erhöhung führen.

Herr Dr. Beisser beurteilt diesen Transfer hin zu den alten Menschen positiv.

Herr Dilling bestätigt diese Einschätzung, ihn beunruhige aber dennoch die Kostenentwicklung.

Herr Buß betont, dass die gewünschte Qualität nur über entsprechende Fachkräfte zu erreichen sei. Diese aber würden Geld kosten.

Herr Dilling plädiert deshalb dafür, die Höchstgrenze in der Pflegeversicherung auf über 3000 DM zu erhöhen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- d) Vorlage 13/1326
Gewährung von Beihilfen für Beschaffung von Winterfeuerung für den Winter 2000/2001

Herr Discus nennt die von der Verwaltung für das Winterhalbjahr 2000/2001 festgelegten Beihilfen für feste Brennstoffe und Heizöl.

Frau L. Meyer erkundigt sich, ob die ständigen Erhöhungen speziell für Heizöl bereits eingerechnet seien.

Im letzten Winter seien für Heizöl 526 DM gezahlt worden, für diesen Winter seien 750 DM vorgesehen, antwortet **Herr Discus**. Eventuell müssten aber weitere Anpassungen vorgenommen werden.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.09.2000

Herr Krüzinga erkundigt sich im Hinblick auf die Isenseestiftung, ob auch eine Gasbeihilfe gezahlt werde.

Herr Discus bittet, in solchen Fällen gegebenenfalls einen Antrag auf Übernahme der Heizkosten zu stellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

e) EU-Projekt mit der Stadt Archangelsk

Frau Szag berichtet, dass das am 01.12.99 im Sozialausschuss vorgestellte EU-Projekt mit der Stadt Archangelsk positiv beschieden worden sei. Verwaltungsmitarbeiter von dort würden zur Schulung in den Bereichen Verwaltung und Altenhilfe /-pflege dreimal nach Emden kommen oder durch MitarbeiterInnen aus Emden in Archangelsk geschult werden. Das Projekt sei mit 165.260 Euro veranschlagt. Die EU fördere die Maßnahme mit 80 %.

f) **Herr Engels** kündigt einen neuen Altenplan an.

Punkt 6: Anfragen

Herr Dr. Beisser erklärt, er wolle keine Anfrage stellen, möchte aber doch einmal betonen, wie engagiert alle Ausschussmitglieder bei der Sache seien. Vor der Sitzung habe er noch in die Übertragung einer Sitzung des Deutschen Bundestages hineingeschaut. Dort seien nur wenige Plätze besetzt gewesen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.50 Uhr. Sie fragt, ob noch Anfragen aus dem Kreis der Zuhörer vorliegen.

Eine Zuhörerin erkundigt sich, ob der Bedarf für das neue Altenpflegeheim überhaupt geprüft worden sei. Sie spricht das Servicehaus am Schwanenteich an, das zum Teil nicht belegt sei.

Frau Szag antwortet, dass die Einrichtung am Schwanenteich einen völlig anderen Personenkreis anspreche. Für altersverwirrte Menschen seien zurzeit 26 Plätze in Emden vorhanden. Auf einer Warteliste seien 30 Personen vermerkt, ihr lägen darüber hinaus weitere 30 Anfragen vor. Außerdem gäbe es in anderen Heimen Personen, die dort nicht mehr ihrer geronto-psychiatrischen Behinderung entsprechend betreut werden könnten. Der Bedarf sei also gegeben.

Die Zuhörerin fragt nochmals nach, wer für die Finanzierung zuständig sei, wenn der Bedarf einmal nicht gegeben sei.

Frau Szag entgegnet, dass dies wirtschaftliches Risiko des Betreibers sei. Das Land oder die Stadt seien hieran nicht beteiligt. Sie könnten einen Bau deshalb auch nicht verhindern.